Linksfraktion

DIE LINKE. Fraktion
im Abgeordnetenhaus
von Berlin informiert

#2 2014

Zeichnung: Klaus Stuttmann

NEUWAHLEN WÄREN EHRLICHER GEWESEN

Der Senat steckt in der Krise und das nicht erst seit Wowereits Rücktritt. In Berlin herrscht deshalb politischer Stillstand.

Dass der neue Regierende Bürgermeister Michael Müller heißt, steht fest. Doch geklärt ist damit wenig. Nicht erst der Rücktritt Klaus Wowereits und der Wettlauf um seine Nachfolge in der SPD haben Berlin politisch lahmgelegt. SPD und CDU stecken in einer veritablen Krise, weil sie gemessen an den eigenen Zielen – und das war schon nicht sehr viel – seit drei Jahren nichts auf die Reihe gekriegt haben. Das Krisenmanagement zum Flughafen BER ist ein einziges Desaster. Zur Zukunft des öffentlichen Dienstes hat nicht der Senat, sondern haben wir, hat DIE LINKE, ein Konzept zur Personalentwicklung vorgelegt. Nicht vom Senat, sondern von uns stammt der Vorschlag, den Wohnungsbaugesellschaften für eine bessere Steuerung der Wohnungs- und Mietenpolitik mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Bei der S-Bahn hätte das Land neue Wagen längst selbst beschaffen müssen. Der Senat setzte lieber auf die Teilausschreibung, scheiterte und lässt Berlin sehenden Auges in die nächste S-Bahn-Krise stolpern. Auch das Stadtwerk wurde gegen die Wand gefahren. Noch immer gibt es für das von SPD und CDU versprochene Mehr an direkter Demokratie keinen seriösen Vorschlag der Koalition. Wir haben einen vorgelegt.

All das wäre Grund genug gewesen, den Weg für Neuwahlen freizumachen. Doch darüber wollten SPD und CDU im Parlament nicht einmal reden. Sie stürzen sich stattdessen in eine abenteuerliche Olympiabewerbung und erzählen, wie gut sie miteinander könnten, um wenig später über das Gasnetz, Bildung oder Flüchtlinge zu streiten wie die Kesselflicker. Fragt sich nur, woran diese Koalition arbeiten will, falls Olympia so scheitert wie der BER.

Udo Wolf
Fraktionsvorsitzender
wolf@linksfraktion.berlin

Foto: Clara Feld

Carsten Schatz, queerpolitischer Sprecher: In Berlins **Polizeidatenbanken** steht »GKR« für »geisteskrank« und »ANST« für die Krankheiten Hepatitis B, C und HIV. Die SPD-CDU-Koalition hat diese Stigmata erst 2012 wieder eingeführt. Wir fordern von Innensenator Henkel, diese Begriffe nicht nur umzubenennen, sondern abzuschaffen.
schatz@linksfraktion.berlin

Wolfgang Albers, wissenschaftspolitischer Sprecher: Die nach dem Gefängnispfarrer und Widerstandskämpfer **Harald Poelchau** benannte »Eliteschule des Sports« diskutiert ihre Umbenennung. Wir wollen, dass von diesen Plänen Abstand genommen wird und Poelchaus Name bleibt. Also: Bitte neu nachdenken.
albers@linksfraktion.berlin

RECHT AUF PETITIONEN BRAUCHT REFORM

Petitionen sind eine Fundgrube für parlamentarische Aktivitäten. Viele Menschen schreiben Petitionen nicht allein deshalb, weil sie persönlich Hilfe brauchen. Sie setzen sich auch für andere ein. Sie erheben Einspruch, weil etwas faul ist im Staate Berlin, und sie wollen, dass wir Abgeordnete uns darum kümmern. Diese Art von Bürgerbeteiligung ist uns wichtig und braucht moderne Rechtsgrundlagen, die das Berliner Petitionsgesetz gegenwärtig nicht bietet. Die Linksfraktion hat deshalb jetzt mit einem Antrag die parlamentarische Debatte zur Änderung des Berliner Petitionsgesetzes angestoßen.

Mit der Einführung von öffentlichen Petitionen nehmen wir eine grundlegende Erneuerung des Berliner Petitionsrechts vor. Analog zum Bundestag, bei dem es öffentliche Petitionen bereits seit 2005 gibt, soll es künftig auch möglich sein, Petitionen an das Abgeordnetenhaus öffentlich online zu stellen, um Mitzeichnende zu werben und inhaltlich in einem öffentlichen Raum zu diskutieren. Bei Petitionen von großer Relevanz wollen wir mit öffentlichen Sitzungen des Petitionsausschusses einem breiten Publikum Gelegenheit geben, die Entscheidungsfindung nachzuvollziehen.

Wir wollen, dass Petitionen künftig auch mündlich als Audiodatei oder in Gebärdensprache, einschließlich lautsprachbegleitender Gebärden, an das Abgeordnetenhaus gerichtet werden können, um barrierefrei allen den Zugang zu ermöglichen.

Petitionen können mit diesen Änderungen zu einem Instrument stärkerer Beteiligung der Bevölkerung am politischen Diskurs werden. Genau das wollen wir.

Regina Kittler
Mitglied im Petitionsausschuss
kittler@linksfraktion.berlin

CHEFSACHE PERSONAL

Für Personalpolitik ist in Berlin der Finanzsenator zuständig. Das löst kein Problem.

Foto: Stefanie Graf

Kein Termin im Bürgeramt, die Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge wird kurzzeitig dicht gemacht: Personeller Notstand in Berlins öffentlichem Dienst. Bis 2025 wird zudem die Hälfte der Beschäftigten allein aus Altersgründen ausscheiden. Die Industrie- und Handelskammer prognostiziert einen Mangel von 58.000 Fachkräften insbesondere in Sozial-, Verwaltungs- und Ingenieurberufen.

Der SPD-CDU-Senat hat es versäumt, seine Politik den Entwicklungen in der Verwaltung anzupassen. Er setzt unverändert auf Personalabbau – wenn auch punktuell richtige Schritte eingeleitet worden sind.

Die Linksfraktion hat deshalb ein eigenes Personalkonzept vorgelegt und mit mehreren Anträgen in die parlamentarische Debatte eingebracht. Die Stadt braucht dringend eine neue Herangehensweise, damit die Berliner Verwaltung handlungsfähig bleibt und nicht demnächst kollabiert. Die Zahl der Stellen auf 100.000 zu begrenzen, ist längst von der Entwicklung Berlins überholt, und auch der Personalabbau in den Bezirken muss sofort beendet werden. Wir fordern deshalb, dass Personalpolitik zur Chefsache beim Regierenden Bürgermeister wird und nicht länger im Schatten der Finanzpolitik verkümmert.

Das Ausscheiden zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet zugleich eine Chance für junge Menschen auf Ausbildung mit einer guten Perspektive im öffentlichen Dienst und auf die Übernahme von Aufgaben mit Führungsverantwortung. Und es eröffnet gute Möglichkeiten für Absolventinnen und Absolventen aus Fachhochschulen und Universitäten.

Doch um diese Nachwuchskräfte steht die Verwaltung in Konkurrenz mit den öffentlichen und privaten Arbeitgebern in Berlin, Brandenburg und allen anderen Bundesländern. Daher muss sich das Land Berlin als attraktiver Arbeitgeber präsentieren, auch mit einer wertschätzenden und nachhaltigen Tarif- und Besoldungsstruktur.

Manuela Schmidt
Haushaltspolitische Sprecherin
schmidt@linksfraktion.berlin

EIN TAG FÜR DIE FREIHEIT

Foto: Sören Benn

Die Stimmung auf dem Alexanderplatz war entschlossen und euphorisch. Eine halbe Million Menschen hatte sich versammelt. Die Demonstration am 4. November 1989 wurde zum Meilenstein für demokratische Veränderung in der DDR, wie sie von Tausenden auf den Straßen bereits seit Wochen eingefordert worden war: Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Stefan Heym, Steffi Spira, Friedrich Schorlemmer, Christa Wolf, Christoph Hein, Johanna Schall, Jens Reich und viele weitere forderten den demokratischen Umbruch, das Ende von Bespitzelung und Drangsalierung durch das parteibürokratische Herrschaftsregime.

25 Jahre später findet die Demo vom 4. November 1989 in der öffentlichen Wahrnehmung kaum Berücksichtigung. Das zu ändern, fordert DIE LINKE im Abgeordnetenhaus. Am authentischen Ort soll an die mutigen und klugen Organisatorinnen und Organisatoren erinnert werden, an bemerkenswerte Reden für einen Sozialismus in Freiheit und Demokratie, vor allem an selbstbewusste und kreative Demonstrantinnen und Demonstranten, die der SED-Führung und dem bestehenden Staatsapparat das Mandat zur Herrschaft entzogen haben. Dass sich zwischen Mauerfall- und Einheitsfeiern für dieses wichtige Ereignis derzeit kein Platz findet, ist ein Armutszeugnis für den Senat.

Klaus Lederer
Rechtspolitischer Sprecher
lederer@linksfraktion.berlin

FLÜCHTLINGE IM STICH GELASSEN

Über die Pläne des Senats, mehr als 2.400 Flüchtlinge in sechs riesigen Containersiedlungen unterzubringen, ist in der Stadt eine heftige Debatte entbrannt. Wir fordern, dass mit den für den Containerkauf veranschlagten 43 Millionen Euro besser begonnen werden sollte, Wohnraum und landeseigene Unterkünfte zu schaffen. Denn das Leben in Containern grenzt aus und bietet den Menschen keinerlei Perspektive.

Darüber gerät in der Stadt fast in Vergessenheit, dass mehr als ein Jahr Flüchtlinge unter unwürdigen Verhältnissen auf dem Oranienplatz campierten, um gegen die unmenschliche Asyl- und Flüchtlingspolitik Deutschlands und der EU zu protestieren. Im März 2014 verkündeten der Regierende Bürgermeister Wowereit, Innensenator Henkel und Integrationssenatorin Kolat vollmundig, dass eine Abmachung mit den Flüchtlingen getroffen worden sei. Anschließend räumten die Flüchtlinge den Platz und zogen in bereitgestellte Unterkünfte um.

Zugesagt wurde ihnen eine erneute Prüfung ihrer Asylanträge, eine intensive Beratung und die Möglichkeit, an Deutschkursen und am Arbeitsmarkt teilnehmen zu können.

Doch anstatt sich um eine humanitäre Lösung zu kümmern, stritten auf skandalöse Weise Innensenator Henkel (CDU) und Integrationssenatorin Kolat (SPD), wer die Vereinbarung mit den Flüchtlingen überhaupt hätte unterzeichnen dürfen.

Die Versprechen des Senats wurden nicht gehalten: 108 Anträge wurden abschlägig beschieden. Anträge von Flüchtlingen, die diese bereits in anderen Bundesländern gestellt hatten, wurden nicht von Berlin übernommen. Zuletzt mussten Ende Oktober 78 Flüchtlinge ohne die versprochene Einzelfallprüfung aus vier Unterkünften wieder ausziehen. Ihnen droht nun Obdachlosigkeit.

Der Senat hat den Flüchtlingen vom Oranienplatz Zusagen gemacht, damit sie den Ort verlassen. Doch er hält seine Versprechen nicht.

Hakan Taş
Flüchtlingspolitischer Sprecher
tas@linksfraktion.berlin

Vertreter der Flüchtlinge fordern, dass der Senat zu seinem Wort steht.
Foto: Servan Deniz

BADEN GEHEN – OHNE OLYMPIA

In Sachen Sportpolitik gibt es in Berlin viel zu tun, doch anstatt sich der wichtigen Probleme anzunehmen, wie zum Beispiel der Berliner Bäder, bewirbt sich der rot-schwarze Senat lieber für Olympia. Die Schwimmhallen dümpeln derweil weiter vor sich hin; es fehlt an Personal, was sich in chaotischen Öffnungszeiten widerspiegelt. Viele Bäder bleiben gleich ganz geschlossen. Die Eintrittspreise wurden trotzdem erhöht. Die Besucherzahlen gingen danach drastisch zurück, und der Sanierungsbedarf für die Bäder ist mit zirka 80 Millionen Euro weiter enorm.

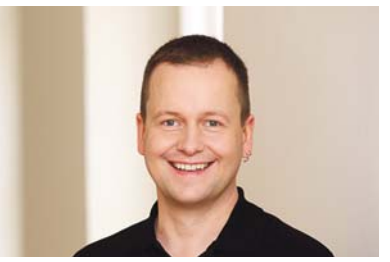
Foto: pixabay

Doch auf das vom Senat seit Monaten versprochene Bäderkonzept warten wir vergeblich. Sportsenator Henkel kümmert sich nicht. Er ließ zu, dass der inzwischen zurückgetretene Finanzsenator Nußbaum seinen Entwurf in der Senatssitzung ungehindert ablehnen konnte. Dabei ist seit langem im Berliner Landeshaushalt wieder Geld für Investitionen vorhanden. Vorbereitende Baumaßnahmen, zum Beispiel beim Bad in der Thomas-Mann-Straße, sind bereits getroffen. Ein Beschluss des Aufsichtsrates der Bäderbetriebe als Vorlage an den Senat liegt dazu vor. Aber nichts passiert. Auch hier gibt es im Senat kein Miteinander. Keiner gönnt dem anderen einen Erfolg. Jeder blockiert jeden. Aber angeblich will man nun gemeinsam Olympia.

Wir wollen nicht, dass Berlin mit Olympia baden geht. Wir wollen, dass jeder in Berlin ohne Olympia entspannt baden gehen kann. Doch dafür brauchen wir endlich ein belastbares Bäderkonzept, das die wohnortnahe Versorgung und eine soziale Preisgestaltung dauerhaft sichert. Das scheint für diesen Senat allerdings nicht machbar zu sein. Es wird höchste Zeit für einen neuen.

Gabriele Hiller
Sportpolitische Sprecherin
hiller@linksfraktion.berlin

MEHR DIREKTE DEMOKRATIE



Nach ihrer Niederlage beim Tempelhof-Volksentscheid versprachen SPD und CDU mehr direkte Demokratie in Berlin. Konkrete Schritte, Ideen oder Vorschläge kamen seitdem nicht auf den Tisch. Das Einzige, was immer wieder angekündigt wird, ist eine verbindliche Befragung der Berlinerinnen und Berliner über eine mögliche Olympiabewerbung. Das ist allerdings nicht so einfach, denn bisher sieht die Berliner Verfassung solche Befragungen nicht vor, und eine Änderung müsste zunächst in einem Volksentscheid von der Bevölkerung gebilligt werden. Hier droht also Trickserei.

Wir haben deshalb einen Vorschlag vorgelegt, der das Anliegen für mehr direkte Demokratie ernst nimmt und gleichzeitig einen Weg zeigt, wie die Berlinerinnen und Berliner zu Olympia befragt werden können. Noch war die Koalition nicht bereit, mit uns und den anderen Oppositionsfraktionen darüber zu verhandeln.

Bürgerbeteiligungen, die Entscheidungen der Politik im Nachhinein legitimieren, wollen wir nicht. Die Berlinerinnen und Berliner sollen vielmehr auch zwischen den Wahlen Einspruch gegen Entscheidungen von Senat und Koalition im Abgeordnetenhaus einlegen können. Ein Instrument dafür wäre zum Beispiel das fakultative Volksreferendum. Wenn innerhalb von drei Monaten nach einer politischen Entscheidung eine bestimmte Zahl von Unterschriften zusammenkommt (z. B. 50.000), würde ein Volksentscheid erzwungen werden. Wenn Entscheidungen im Nachgang vom Souverän wieder kassiert werden können, dann wird es ernst mit der Einbeziehung der Berlinerinnen und Berliner.

Klaus Lederer
Rechtspolitischer Sprecher
lederer@linksfraktion.berlin

Miteinander.
Für Berlin

BIBLIOTHEK DES LANDES IN GEFAHR

Die ZLB macht wissenschaftliche Literatur für alle zugänglich. Ihr einzigartiges Profil muss erhalten bleiben.

Wer ein Haus sucht, überlegt erst, wozu er es braucht. Der Senat macht es genau umgekehrt: Er passt den Bedarf vorhandenen Gebäuden an. Zumindest bei Kulturbauten, die den »kleinen Leuten« nutzen, wie Bibliotheken. Für die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) will Kulturstaatssekretär Renner nach dem Platzen der Tempelhof-Pläne einen Standort, der alles zusammenfasst, »was wirklich wichtig ist«. »Ganz verwegene Forschungsthemen« könnten

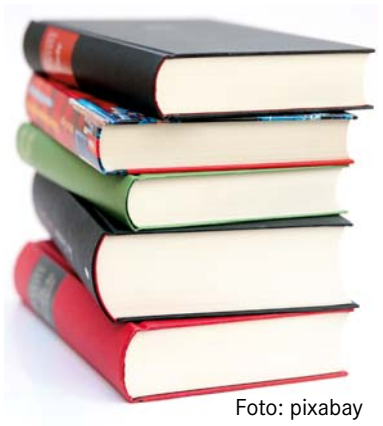


Foto: pixabay

»doch an einem zweiten Standort sein«. Diese lassen allerdings hunderte Gymnasiasten die Staatsbibliothek und die Unibibliotheken überfluten, die dafür nicht eingerichtet sind. Dafür da ist eigentlich die ZLB. Seit Jahrzehnten ist sie mit 3,5 Millionen Medieneinheiten an zwei Standorten die wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Berlins. Sie ermöglicht allen nichtakademischen Menschen den Zugang zu allen Wissensbereichen jeden geistigen Levels. Beide Häuser haben 5.000 Besucher täglich. Sie ist die einzige Bibliothek der Bundesrepublik mit solchem Profil und international beispielsetzend. Renner will die »Flächenbedarfe optimieren« und neue Standorte prüfen. Zugleich soll die Fusion der ZLB mit den Bezirksbibliotheken geprüft werden. Das bedeutet: Entweder wird die ZLB zerschlagen, oder es entsteht ein neues Personalabbauvolumen in den Bezirken. Möglicherweise beides. Dem werden wir uns entgegenstellen.

Wolfgang Brauer
Kulturpolitischer Sprecher
brauer@linksfraktion.berlin

Zwischenruf

WIE AKTUELL IST AKTUELL?

Von Steffen Zillich

Aktuelle Stunden haben in den Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses einen besonderen Stellenwert. Sie stehen an der Spitze der Tagesordnung und setzen das zentrale Thema. Jede Fraktion darf zehn Minuten reden. Senatoren und gelegentlich der Regierende Bürgermeister ergreifen das Wort.

Eine spannende Sache also? Gegenwartsnah, dringlich, wichtig? Auch die Geschäftsordnung schreibt vor: Aktuelle Stunden sollen ein »Thema von allgemeinem Interesse« behandeln. Die Tatsachen sehen anders aus. Jede Fraktion kann zu jeder Sitzung ein Thema beantragen und muss zweimal im Jahr den Zuschlag bekommen. Wann sich jedoch was durchsetzt, bestimmt die Mehrheit der Abgeordneten – also die Koalition von SPD und CDU.

Ehernes Gesetz scheint zu sein: In Koalitionskrisen wählt die (Koalitions-)Mehrheit Themen, die möglichst weit weg von Aktualität und kritischen Diskussionen in der Stadt sind. Am 5. Juni 2014, zehn Tage nach dem erfolgreichen Volksentscheid gegen das Senatskonzept zum Tempelhofer Feld, findet die Koalition – welche Überraschung – den Radverkehr in der Fahrradstadt Berlin besonders aktuell.

Vier Wochen später – eben hat der Senat beschlossen, sich um Olympische Spiele für Berlin zu bewerben und drohen sich Finanz- und Justizsenator gegenseitig über Anwälte im Streit um die Vergabe der Gasnetz-Konzession – entscheiden sich SPD und CDU für »Bündnisse und Beschleunigungen: Koalition gibt Vollgas beim Wohnungsneubau«. Wohnungsbau ist wichtig, nur hat der Senat gar nichts Aktuelles zu verkünden. Erst Linke, Grüne und Piraten setzen an diesem Tag gemeinsam durch, dass sich das Parlament wenigstens einmal mit den Olympia-Ambitionen des Senats befasst, ehe das Interesse Berlins offiziell bekundet wird. Transparenz und Beteiligung, wie Klaus Wowereit sie verspricht, sollten anders starten!

Verschweigen, aussitzen, wegdrücken; dadurch löst sich keines der aktuellen Probleme der Stadt. Und eine Koalition, deren Kraft gerade noch dazu reicht, zu verhindern, dass über Drängendes, aber Unangenehmes geredet wird, ist politisch an Ende.

Steffen Zillich ist seit März 2014 Parlamentarischer Geschäftsführer
zillich@linksfraktion.berlin

SENAT WILL FERNSEHTURM ZUBAUEN

Am Alexanderplatz sollen mehrere Hochhäuser entstehen. Der Blick auf den Fernsehturm wird dadurch verstellt.

Die alten Pläne für den Alexanderplatz aus den 1990er Jahren werden wohl doch noch Wirklichkeit: Investoren wollen den Fernsehturm mit 150 Meter hohen Hochhäusern umzingeln. Los geht es mit einem Hotel- und Wohnturm neben dem Saturn-Geschäftshaus an der Alexanderstraße. Dort gibt es aber Probleme mit dem darunter liegenden U-Bahn-Tunnel, so dass sich das Projekt verzögern könnte. Zusätzlich werden die Pläne für ein Hochhaus neben dem Einkaufszentrum Alexa hochaktuell, dort, wo vor dem Haupteingang im Advent ein kleiner Weihnachtsmarkt stattfindet. Der Bezirksstadtrat von Mitte hat hierfür einen positiven Bauvorbescheid erteilt. Genau am selben Tag hatte sich das Abgeordnetenhaus dafür ausgesprochen, die Planung zu überprüfen und die breite Stadtöffentlichkeit an der Weiterentwicklung zu beteiligen. Doch was nun geschieht, sieht nach schnellem Durchwinken aus: Auf der Grundlage des noch geltenden Bebauungsplans soll die Baugenehmigung zügig erteilt werden. Dabei

Foto: Stefanie Graf

wäre das Hochhaus am Alexa der neuralgischste Eingriff ins Stadtbild: Es würde in der Sichtachse Frankfurter Tor – Karl-Marx-Allee den Fernsehturm zu großen Teilen verdecken.

Die Linksfraktion hat im Mai letzten Jahres einen parlamentarischen Antrag mit dem Ziel eingebracht, die Pläne zu ändern. Darin haben wir einen Zwischenruf von Senatsbaudirektorin Regula Lüscher aufgegriffen, den mittlerweile über 20 Jahre alten Hochhausplan zu überdenken. Doch ihr SPD-CDU-Senat hält eisern an den Standorten fest. So wird der Fernsehturm, das Wahrzeichen Berlins, im konkurrierenden Kranz von Hochhäusern zur Staffage.

Katrin Lompscher
Stadtentwicklungspolitische Sprecherin
lompscher@linksfraktion.berlin

Jede Woche neu

... gibt es den elektronischen Newsletter der Fraktion. Er informiert über aktuelle linke Politik und darüber, was wir im Berliner Abgeordnetenhaus bewegen. Der Newsletter wird in der Regel freitagnachmittags verschickt. Er kann auf unserer Internetseite abonniert werden:
www.linksfraktion.berlin

DIE LINKE.
IM ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN

Impressum: DIE LINKE. Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin
fon: 030.23252510, fax: 030.23252515
V.i.S.d.P. Kathi Seefeld
Redaktion: Leonore Dietrich, Stefanie Graf
Layout: Thomas Herbell; Auflage: 10.000
Oktober 2014